

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Aufschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 237

Verkauf zu allen Zeitungen.
Zugangspreis: vierteljährlich 1.80 Mk.,
monatlich 60 Pf. (ohne Frachtkosten).

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weglassen.
Hachenburg, Mittwoch den 10. Oktober 1917.

Anzeigenpreis (jährlich im Voraus):
die sechsseitige Zeitungsbeilage 10 Pf.,
sonstige 15 Pf., die Kleinanzeigen 40 Pf.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

9. Oktober. Nach harter Artilleriekämpfe, die sich zu
Trennen steigert, greifen die Engländer beiderseits der
Hahn Staben-Boefinghe und nördlich der Straße Men-
Phem an; die Schlacht ist im Gange. — An der macedonischen
Front stellenweise lebhafteste Feuerartigkeit.

Verständigung!

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Berlin, 9. Oktober.

Die Krise ist schnell überwunden worden. Es herrscht
wieder Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und
den Reichstagen. Nur die Sozialdemokraten, und zwar
nicht nur die um Goase, sondern auch die um Scheide-
mann, stehen bei Seite. Am Montag mittag, nachdem die
Vollversammlung des Reichstages die Nachtragsfor-
derungen an den Staatssekretär zurückgewiesen und die
weitere Verhandlung über die sozialdemokratische In-
terpellation wegen der vaterländischen Partei auf Dienstag
verlegt hatte, schied die Verständigung sehr fern. Manche
hielten sie sogar für unmöglich. Aber in der Sitzung des Haupt-
ausschusses, die vier Stunden währte, wurde sie bei ruhiger,
schlichter Erörterung nach und nach erzielt. Der Reichskanzler
Dr. Helfferich erklärte sein Ausreten am Sonnabend,
indem er es auf Erregung, hervorgerufen durch die
Smithenstraße, zurückführte. Der Reichskanzler sprach
zweimal. Er betonte das Recht jedes Beamten, eine
politische Meinung zu haben und zu äußern, und er ver-
wies auf die Notwendigkeit und Möglichkeit der Auf-
klärung der Öffentlichkeit. Er wandte sich aber gleichzeitig
auch gegen alle Versuche von Beamten, Untergeordnete poli-
tisch zu beeinflussen, und er bezeichnete eine Verbindung
der Aufklärung mit Politik als unzulässig. Diese
Vorurteile bestritten den Ausschuss; nur den Sozial-
demokraten beider Richtungen genügt sie nicht. Die
Verständigung war damit erzielt und dieses Ergebnis fand
seinen Ausdruck in der Bewilligung der Nachtragsfor-
derungen. Auch Herr Dr. Helfferich hat sein Gehalt als
„Reichskanzler“ endgültig bewilligt bekommen. Der so rasch
beendeten Krise wird also nicht einmal der von ver-
schiedenen Seiten so heftig belästigte Dr. Helfferich zum
Opfer fallen.

Die Vollversammlung am Dienstag brachte die Be-
willingung des Verständigungswortes. Der Reichskanzler,
der wieder in bürgerlicher Kleidung erschienen war, be-
trief sich auf seine gestern im Hauptauschuss abgegebenen Ver-
sicherungen und erklärte dann die Friedensentscheidung
vom 19. Juli, wobei er die Gegner dieser Rundgebung er-
mahnte, sie gedenken wie bisher zu beurteilen.

Darauf machte der Staatssekretär des Reichsmarine-
amts, v. Capelle, unter der lebhaftesten Bewegung im
Saale einige Angaben über eine Verschwörung in der
deutschen Flotte und über die Beteiligung dreier, zu den
unabhängigen Sozialdemokraten gehörenden Reichstags-
abgeordneten, Dittmann, Goase und Vogtberg, an
dieser Verschwörung. Diese Erklärung mußte natürlich
das Verständigungswort befestigen.

Allerdings steht das Verfahren des Staatssekretärs
des Reichsmarineamts im Laufe der weiteren Verhand-
lungen auf Widerspruch, aber der Eindruck, daß die geheime
angekündigte Einigung heute zur Tatsache würde, läßt sich
nicht verwischen. Der Reichskanzler hat sich veranlaßt,
keine Bemerkungen, die er gegenüber den unabhängigen
Sozialdemokraten getan hatte, zu erläutern. Alles das
vermochte jedoch den Abschluß der gestern erfolgten Ver-
ständigung nur um einige Stunden aufzuhalten, nicht aber
zu wieder zu zerstören. Einigkeit ist nämlich dringend
notwendig.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Beschlüsse der deutschen Eisenbahnverwaltungen,
die eine Entlastung des Verkehrs herbeiführen sollen,
werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Sie
betreffen in erster Linie die Erhebung eines Zuschlages
auf den Verkehr in den Schnellzügen. Diese sind außer-
ordentlich überlastet, und die Eisenbahnverwaltungen haben
überausstimmend festgestellt, daß vielfach Personen reisen,
auch wenn keinerlei Notwendigkeit dafür besteht. Mit
diesem unnötigen Verkehr will man nun endlich durch Er-
hebung eines außerordentlich hohen Zuschlages aufhören;
es ist dies notwendig, um Kohlen zu sparen, um dem
überarbeiteten Eisenbahnpersonal Ruhe zu gönnen und um
das Wagenmaterial selbst zu schonen. Es liegen hier ganz
wichtige Anweisungen vor, denen die Eisenbahnverwaltung
unbedingt nachkommen muß. Im Winterfahrplan werden
auch ganze Züge oder Verbindungen fortfallen. Aus-
drücklich sei betont, daß der Personenverkehr von den Zu-
schlüssen befreit bleiben wird.

Zu einer Rundgebung für die freie Wirtschaft ge-
staltete sich eine in Berlin veranstaltete Versammlung des
Bundesarbeitsrates. Die Redner des Abends wandten sich ent-
weder gegen die Fortsetzung der staatssozialistischen Zu-

stände. Sie erhoben sämtlich die Forderung, daß die
Zwangswirtschaft so schnell als möglich beseitigt werden
müßte. Der Großhandel müsse sich ferner gegen alle
staatlichen Monopole wenden. Es wurde eine Entschließung
angenommen, die möglichst schnelle Aufhebung der Betriebs-
zusammenlegungen nach dem Kriege fordert, Monopole
ablehnt und für den Handel die freie Stellung fordert, die
er vor dem Kriege eingenommen hat.

Italien.

Die Gründung einer neuen Parlamentärgruppe,
die von 45 Abgeordneten unternommen worden ist, erweckt
das allgemeine Interesse. Die neue Gruppe schreibt auf
ihre Programms die Verteidigung der Verfassung und des
Parlamentes. Die Kriegspresse ist lebhaft beunruhigt und
brandmarkt die Bewegung als glottianisch und kriegs-
feindlich. „Messaggero“ bezeichnet die Bewegung als eine
Massenerhebung derjenigen Elemente im Parlament, die
als Neutralisten und Glottianer die Freiheit verteidigen
wollten, den Krieg zu befehlen.

Rußland.

Die selbständige Ukraine hat nunmehr ihre Regierung
endgültig gebildet. Das Generalsekretariat der Ukraine
besteht, die autonome Regierung richtet einen Aufruf an die
Bevölkerung, in dem erklärt wird, daß das Sekretariat,
nachdem seine innere Ausgestaltung vollendet ist, das Land
zu regieren beginnt und alle Regierungsbehörden und
öffentlichen Einrichtungen von dieser Tatsache in Kenntnis setzt.

Spanien.

Die Führer des missglückten Aufstandes, der seinen
Ursprung in Katalonien hatte und sich fast über das
ganze Land verbreitete, sind nach französischen Blättern
nachdem sie alle zum Tode verurteilt worden. Fünf
sozialistische Führer sind wegen ihres Versuches, die
Truppen zum Aufstand gegen die Regierung aufzuheben,
zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt worden.
Andere Verurteilungen liegen zwischen 17 Jahren und
2 Jahren Gefängnis.

Amerika.

Die Deutschenherrschaft des Präsidenten Wilson darf
nicht neue Erfolge buchen. Der Kongress von Uruguay
erklärte unter Zustimmung großer Mehrheit von Kammer
und Senat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen
mit Deutschland. Die Regierung ließ dem deutschen Ge-
sandten die Botschaft überreichen. Besondere Gründe für den
Abbruch der Beziehungen wurden nicht angegeben außer
dem Wunsch der Gemeinsamkeit mit den Vereinigten
Staaten und der Entente unter Verurteilung der deutschen
Kriegsmethoden. — Aus Lima berichten ferner Londoner
Blätter, daß der Abbruch der Beziehungen zwischen Peru
und Deutschland in einer gemeinsamen Sitzung von
Senat und Kammer mit 105 gegen 8 Stimmen gutgeheißen
wurde.

Kriegsleihe und Volksvermögen.

Daß wir zu einer ganzen Menge von Rohstoffen
ärmer geworden sind, weil die Ergründung und Zufuhr aus
dem Ausland fehlt, ist eine sich jedem aufdrängende
Erscheinung, die aber für die Frage nach der Höhe des
Volksvermögens nur von geringem Interesse ist. Die Be-
deutung ist, daß in der gesamten Volkswirtschaft nach
dieser Botschaft eine recht bescheidene Summe aus. Viel
mehr ist ins Gewicht, daß die in Industrie und Land-
wirtschaft, den beiden Hauptzweigen unseres Wirtschafts-
lebens, angelegten Werte sich in der Kriegszeit außer-
ordentlich vermehrt haben. Es gibt in Deutschland kaum
ein industrielles Werk, das nicht wesentliche Vergrößerungen
im Laufe des Krieges vorgenommen hätte, dessen Grund-
besitz, Vorkraften und Maschinen nicht einen bedeutenden
gegen früher gestiegenen Wert darstellten. Diese Ver-
größerungen stellen aber keineswegs ein totes Kapital dar.
Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Landwirtschaft, wo
große Strecken Landes, die früher unbebaut ge-
blieben waren, der landwirtschaftlichen Bestellung er-
schlossen und dienlich gemacht worden sind, und auf denen
— besonders wenn es später nicht mehr an menschlichen und
tierischen Arbeitskräften fehlen wird — weit höhere Er-
träge gewonnen werden können, als es vor dem Kriege
der Fall war. Eine Gesamtbilanz des deutschen Volks-
vermögens würde also, wenn sie heute gewissenhaft auf-
gestellt würde, aller Wahrscheinlichkeit nach, ungeachtet
aller Verluste, eine recht erhebliche Wertzunahme
gegen eine solche von Ende Juli 1914 ergeben; denn das
wichtigste, was wir überhaupt besitzen, unsere Produktions-
mittel, haben sich bedeutend vermehrt und sind auch
gegenwärtig noch in ständiger Zunahme begriffen. Nicht
ein in militärischer und wirtschaftlicher Bedrängnis befin-
dliches, sondern ein militärisch reiches, wirtschaftlich
starkes und während des Krieges an Volksvermögen noch
gewachsenes Vaterland ruft heute seine Bürger zur Anleihe-
zeichnung. Kann irgendein Wertpapier eine größere Sicher-
heit bieten, als die deutsche Kriegsleihe? Es vermag,
für welche das ganze gewaltige Volksvermögen Deutsch-
lands, die gesamte Produktionskraft seiner hochentwickelten
Industrie und Landwirtschaft, die ganze wirtschaftliche und
kulturelle Leistungsfähigkeit seiner Bewohner Bürgerschaft
leihen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 9. Okt. Die Taufe der jüngst geborenen Tochter
des Kronprinzen und der Kronprinzessin findet am Geburts-
tag der Kaiserin, am 22. Oktober in Cecilienhof zu Pots-
dam statt.

Berlin, 9. Okt. Der Staatssekretär des Reichsernährungs-
amtes v. Baldow hat die Mitglieder des Beirats des
Reichsernährungsamtes für den 16. Oktober zu einer
Sitzung im Herrenhofe in Berlin geladen. Tagesordnung:
Ernährungsfrage im laufenden Wirtschaftsjahr; Futtermittel-
versorgung.

Posen, 9. Okt. Die amtliche Bekanntmachung bezüglich
des Ausbaues des polnischen Staates wird nach der
„Gazeta Narodowa“ am 15. d. Mts. erfolgen.

Stockholm, 9. Okt. Russischen Blättern zufolge liegt die
Kaiserin-Witwe Maria Feodorowna im Sterben.

Oslo, 9. Okt. Die Ausfuhr von Glas und Gegen-
ständen aus Glas mit Ausnahme von Gläsern und anderen
zur Verpackung dienenden Hausgeräten ist verboten.

Bern, 9. Okt. Die Friedenskonferenz, die hier am
15. Oktober zusammengetreten sollte, ist aus technischen Gründen
auf den 15. November verschoben worden.

Deutscher Reichstag.

(124. Sitzung.)

Berlin, 9. Oktober.

Am Tische des Bundesrats sitzen die Herren Dr. Helfferich,
Graf v. Helldorf, v. Strin, Walraf, Dr. Schwaner, v. Capelle,
v. Waldow. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen.

H. a. fragt Abg. Waldstein (Fortf. v. 8.) an
über die völkerrechtswidrige Wegführung und Be-
handlung der gesamten Zivilbevölkerung von Ta-
hora (Deutsch-Ostafrika) durch belgische Truppen.
Ministerpräsident für Krieg teilt mit: Die in die Gewalt der
belgischen Streitkräfte gefallenen deutschen Zivilpersonen
sind unter der Aufsicht der belgischen Militärbehörden
gebracht und unter nach französischer Übergabe worden.
Infolge der brutalen Willkür der belgischen Truppen
waren sie schweren Drangsalen und Leiden ausgesetzt.
Sobald die deutsche Regierung davon Kenntnis hatte, hat sie
unverzüglich alsbaldige Freilassung verlangt, und da die
belgische Regierung sich weigerte, wurde eine Anzahl an-
gehaltener Belgier nach einem Internierungslager gebracht.
Weitere Verhandlungen zwischen unter Vermittlung des
Königs von Spanien. Verhält Belgien sich weiter ablehnend,
wird die deutsche Regierung vor neuen Vergeltungsmaß-
nahmen nicht zurückweichen.

Auf eine Frage des Abg. Wumm (D. Fr.) führt Unter-
staatssekretär Herr v. Braun vom Reichsernährungsamt
aus, daß kein Jüder zurückgehalten wird, um beim Friedens-
schluß auszufahren zu werden. Aus der neuen Ernte ist etwa
ebensoviele Jüder zu erwarten, wie die alte Ernte gebracht hat.
Nun wird, während der Reichstagspause im Saal erscheint, die

Fortsetzung der Interpellationsansprache.

Herr. Die angebliche alldeutsche Agitation im Saal begonnen.
Abg. Dittmann (N. So.): Das Auftreten des Kriegs-
ministers am Sonnabend erinnerte lebhaft an das Auftreten
des Herrn von Falkenhayn bei Badern. Es soll alles
beim Alten bleiben. Die gestrigen Ausführungen des Kanzlers
haben der deutschen Politik in den Augen des Aus-
landes erneut den Stempel der Zweifelshaftigkeit und Unehrlich-
keit aufgedrückt (Ordnungsruf), denn sie predigt öffentlich den
Verständigungsfrieden und erhebt heimlich den Eroberungs-
frieden (weiterer Ordnungsruf). Wir verlangen die Einstellung
der alldeutschen Propaganda. Die Anhänger des Ver-
ständigungsfriedens und überhaupt die Mitglieder meiner
Partei werden unterdrückt und in den Kerker geworfen.
Man legt die Werbung für meine Partei als Landesverrat
aus. Bei der Marine sind insgesamt annähernd 200 Jahre
Bücherei und sogar mehrere Todeurteile verhängt worden.
Sowohl eine deutsche Schuld am Kriegsausbruch vorhanden
ist, steht sie in Vasten unserer alldeutschen Militärs. (Unruhe.
Präsident Dr. Raempp rügt den Ausdruck.) Die Reichstags-
mehrheit muß endlich den Willen zur Tat zeigen. Sie muß
den Nachtragsetat ablehnen. (Präsident Raempp ruft den
Redner nochmals zur Ordnung.)

Reichskanzler Dr. Michaelis:

In den gestrigen Verhandlungen des Ausschusses sind die
Fragen, die am Sonnabend hier die erregten Debatten hervor-
gerufen haben, ventilert worden. Der Abgeordnete Ditt-
mann hat heute den ganzen Stoff von neuem angeregt. Ich
will ihm nur zweierlei entgegenhalten, einmal, daß er der
letzte ist, dem ich das Recht ausstehe, über Agitationen im
Saal und in der Marine zu sprechen. Der Staatssekretär
des Reichsmarineamts wird nachher darüber sprechen. Sodann
hat mir der Abgeordnete Dittmann mein Wort entgegengehalten,
daß ich mit voller Objektivität allen Parteien und Richtungen
gegenüberstehe wolle. Er hat aber vergessen, den Juchz mit
seinem Ausdruck zu bringen, den ich dabei ausgesprochen habe.
Ich habe gesagt:

alle politischen Parteien und Richtungen, sofern sie
nicht den Bestand des Deutschen Reiches und Staates ge-
fährdende Ziele verfolgen. Die Partei der Unabhängigen
Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Linie.
(Große Erregung bei den N. So.) Lebhafter Bravo-
ruf rechts. Erneute stürmische Zurufe bei den N. So. Abg.
Geyer (N. So.) ruft: „Jetzt wollen wir, wer Sie sind!“ Andere
N. So. rufen: „Wir bleiben länger als Sie!“ (Lachen
rechts.) Die Aussprache über die Interpellation hat sich auch
darauf erstreckt, daß von Beamten in unzulässiger Weise Propa-
ganda für die Vaterlandspartei geübt wird. Geyern haben
der Kriegsmilitär und ich im Ausschusse auseinandergelegt,
in welcher Weise im Saal die Aufklärungsarbeit betrieben

Abg. Ober (Sg.) spricht sein Bedauern aus, daß Reichsanwalt und der Staatssekretär des Reichsinnern die Anklagen schwerwiegender Natur gegen Mitglieder der Unabhängigen Sozialisten und gegen die Partei selbst erhoben hätten. Der Reichsanwalt wäre zwar in weit

Leit das von
eren Parteien
litt, die aus
in das Ver
menstliche
is, nur so
die Politik
r Schandens
Die Politik
er und sein
ihre Hand
Moralis

gen Sozialisten außerhalb des deutschen Volkes
sozialistische Unternehmung gefördert.

Wohlstand (natl.) verliert im Namen seiner Fraktion
die besagte Aus den Mitteilungen des Staats-
Reichsmarineamt hätten seine Freunde den
genannten, das Mitglieder der Unabhängigen
sozialistischen Partei der Teilnahme an Meutereien
in der Meuterei beschuldigt würden. Seine
gen, daß die Reichsleitung sofort alle Schritte ein-
setze, um nach den Bestimmungen des Straf-Geset-
buches zu verfahren.

Reichsmarineamt (Rp.) lehnt sich dagegen auf, daß man
sozialistischen außerhalb des deutschen Volkes
sollen wolle. Wenn ihm auch die Politik dieser
genosse, wie seine Politik der äußersten Linken,
nicht sein Recht, sie abzuweisen zu lassen. Seit dem
gibt das Reichsmarineamt: „Ich kenne keine Parteien
mehr, nur noch Deutsche!“

Dr. Reichardt bestreitet, gesagt zu haben,
sozialistischen außerhalb des deutschen
händen. Er weist dies nachdrücklich an
Reichardt seiner vorherigen Äußerungen nach. Er
die Verhandlungen gestaltete sich noch sehr
die Naase (H. Soz.) protestierte gegen die Ver-
der Partei. Der Reichsmarineamt erwiderte, daß
Schritten der angeschuldigten Marineleute sich
material für die Unabhängigen Sozialdemokraten
nicht mehr aber habe auch der Staatssekretär
nicht behauptet.

Abstimmung wurde das Mistransaktionsvotum
Abstimmung mit allen Stimmen gegen die sozial-
abgelehnt.

Der Kampf in Flandern.

Angen des Wolffischen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 9. Oktober.

Der Kriegsschauplatz.

Gruppe Kronprinz Rupprecht. Der Artillerie-
Flandern war trotz des kühnen, regnerischen
den 11. Oktober zwischen dem Douthoulster Balde und Sand-
lands hatte der Feind keine Wirkung zu bestigen
gegen einzelne Abschnitte zusammen.

unabhängiger Nacht feigerte sich auf der ganzen Front
Angriffsart zum Trommelfeuer. Südwestlich der
Vorfinghe und nördlich der Straße Rouin-
und englische Infanterie zum Angriff vor; der
am blauge.

den übrigen Armeen kam es — abgesehen von
dauerndem Feuer nördlich von Soissons —
anderen Gefechtsabhandlungen.

dem Ostlichen Kriegsschauplatz nichts von Be-
deutsamer Front. Lebhaftes Feuerzettel süd-
lich von Soissons, im Wardar-Tale, am Dobropolje
am Bogen.

Generalquartiermeister Ludendorff.

Abendbericht.

WTB Berlin, 9. Okt. (Amtlich.)

Flandern entwickelte sich aus dem Frühkämpfen
Schlacht, die zwischen Draaiant (südlich
Schlucht) und Schelwelt (18 Kilometer) noch an-
teig mehrmaligen Ansturm beschränkt sich
Gewinn des Feindes nach den bisherigen
auf einen schmalen Streifen zwischen Draai-
Voclapelle. Im übrigen wurden die Angriffe
nichts von Bedeutung.

Der Krieg zur See.

Erfolge unserer U-Boot-Streifen.

Ergebnisse um England wurden durch unsere
am 19. Oktober Dr. Arg. Lo. versenkt.
den versenkten Schiffen befanden sich der eng-
landete Dampfer „Joseph Chamberlain“ mit
sowie der russische bewaffnete Dampfer
der Nacht geladen hatte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Ein deutsches U-Boot entflohen.

Madrid, daß das deutsche U-Boot
am 9. September beschädigt in Cadix ein-
und interniert worden ist, in der Nacht geflohen
Premierminister habe sofort alle hohen Militärs
Militäre, die für das Entkommen des U-Bootes
sind, suspendiert.

Kriegspos.

u. Okt. Der amerikanische Senator La Follette.

den Krieg wirkt, soll wegen Landesverrats vor einen
genuss, von dem
Schlagener
den Enge
nicht, daß
in dem
Männer

Okt. Der neue französische Berprovinzantierungs-

daß vom 15. d. bis d. nächsten Tage

Vom Tage.

Sachminkow wird amtlich „richtiggestellt“.

Londoner „Morning Post“ schreibt, die von
Schiedsrichtungen der Petersburger Telegraphen-
den Sachminkow-Prozess seien ohne Wissen
Billigung der provisorischen Regierung erfolgt.
Anklage gegen die Schuldigen Beamten des
Agentur sei eingeleitet. Die bisherigen Ver-
hätten jedenfalls keinen Anspruch auf die
und eine amtliche Richtfeststellung würde ihnen
Damit unternimmt England einen überflüssigen

Verfuch, die gewaltigen Wirkungen der Enthaltungen
Sachminkows über die Schuld am Ausbruch des Krieges
abzuschwächen. Man darf mit Spannung erwarten, ob
die Petersburger Regierung schon so weit aller Selbständig-
keit entleitet ist, daß sie sich zu dem traurigen Spiel einer
solchen „Richtigstellung“ hergibt.

Der beleidigte Lloyd George.

Der englische Premierminister Lloyd George hat Kon-
koner Blätter zufolge eine Verwaltungsanfrage gegen eine
Nachrichtagentur eingeleitet, die gemeldet hatte, Lloyd
George sei nach dem Innern des Landes gereist, weil er
sich vor den Luftangriffen fürchtete. Er wird keine
Schadenersatzforderung stellen, wohl aber verlangen, daß
die Beleidigung widerrufen wird. — Und wenn nun die
Bellage unter Beweis stellt, daß Lloyd George von einem
Festmahl in London City stracks in den Keller eilte, als
Luftschiffalarm gegeben wurde?

Übermaliges Hilferufen aus Italien.

Bewegliche Klagen stimmt die italienische Presse
darüber an, daß die Vereinigten Staaten von Amerika
noch nicht an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt haben.
Stellen werde schwer benachteiligt durch Willens Bögen
in dieser Beziehung. Man fürchte, schließlich von der
Entente im Stich gelassen zu werden.

Man kann das Hilferufen verstehen. Italien hat
seine log. Erfolge im Kriege stets nur durch fremden Bei-
stand erreicht. So gewann es die Lombardie, Venetien,
Rom. Nur wenn es sich um einen Hausbau gegen einen
verteidigungsunfähigen Gegner handelte, wie in Tripo-
litanien, war es imstande, auf eigenen Füßen zu gehen.

Roosevelt der Neugefalter Europas.

Die Pariser Blätter berichten, hielt der ehemalige
Präsident Roosevelt in New York eine Rede, in der er u. a.
ausführte, der Friede könne nur nach einem Siege des
Verbandes geschlossen werden. Deutschland müsse voll-
ständig geschlagen und Österreich sowie die Türkei aufgelöst
werden. — Als Roosevelt in Berlin seine Unversöhnlichkeit
unmühsamsten Andenkens hielt, rief er Deutschland als
den dort europäischer Bildung und Gerechtigkeit. Und diesen
Dort will der Raubstreiter jetzt vernichten?

Die Grute ist der Zind der Saat —
Der Frieden ist der Zind der Kriegsanleihe.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 10. Oktober.

* Die deraend. Zum Besten des Roten Kreuzes
wird am Samstag, abends 9 Uhr, im Hotel Schmidt
hier der Viederaend von Frau M. Thon, der schon im
September stattfinden sollte, aber wegen andauernder
Geisheit unserer geschätzten einheimischen Sängerin aus-
fallen mußte, bestimmt stattfinden. Frau Thon, die
während der Kriegszeit ihre herrliche Stimme in den
Orten Nassaus der Wohltätigkeit zur Verfügung stellte,
wird auch hier eine Reihe hervorragender Vieder zu Ge-
hör bringen. Ein Eintrittsgeld ist nicht festgesetzt, es
steht vielmehr im Belieben jedes Besuchers, die Höhe
seines Scherleins zu bestimmen. Wie wir früher schon
bemerkten, kommt der gefasste Reines des Veranstal-
tung den beiden hiesigen Zazaretten vom Roten Kreuz
zugute, deshalb darf umsomehr auf einen vollbesetzten
Saal gerechnet werden.

* Die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für
Deutschland (Raiffeisendank) hat ihre vorläufige Zeichnung
auf die 7. Kriegsanleihe auf 100 000 000 M. erhöht,
(25 000 000 M. Nachzeichnung) und den Beitrag bereits
voll eingezahlt.

* Die Zeichnung der Schnell- und Personenzüge
wird im allgemeinen erst nach dem 15. Oktober beginnen
können, da an diesem Tage mit dem Anbringen der
Heizschläuche begonnen wird.

* Schwankende Rationen. Es entspricht den
Grundsätzen des Kriegsernährungsamtes, die Rationen
der öffentlich verteilten Lebensmittel als Gesamtheit zu
betrachten und in sich so auszugleichen, daß die Gesamt-
versorgung mit rationierten Waren im ganzen neuen
Wirtschaftsjahre möglichst gleichmäßig durchgehalten
werden kann. In den nächsten Monaten, in denen die
Kartoffelzufuhr am sichersten ist, die Kartoffeln auch den
höchsten Nährwert haben und die Spätkornversorgung
in vollem Umfang einsetzt, werden deshalb die Nahr-
mittel (Graupen, Teigwaren und dergl.) entsprechend
weniger verteilt werden. Hierdurch werden größere Be-
stände angesammelt, die in den späteren Wintermonaten
und im Frühjahr, in denen die Ernährungsverhältnisse
schwerer sind als im Herbst, die Verteilung erheblich
größter Nahrungsmittelrationen als im Vorjahre ermöglichen.
Auch in den nächsten Monaten werden indessen zur Ver-
sorgung der Kranken und Kinder sowie zur Aufrecht-
erhaltung der Massenpeisungen und für geringere Ra-
tionen zum allgemeinen Verbrauch Nahrungsmittel verteilt
werden.

Nur nicht nachlassen!

Diesen Mahnruf, den Hindenburg an die Hansstädte
richtete, gilt auch für die Frauen! Die 7. Kriegsanleihe
in Höhe vieler Milliarden fordert die oberste Heeres-
leitung — fordert Hindenburg von unserm Volk, um
unseren bis dahin so siegreich geführten Verteidigungs-
krieg, jetzt, wo endlich die Kräfte unserer Feinde an allen
Fronten erschöpfen, so schnell und siegreich zu Ende führen
zu können. Gibt es ein Opfer, welches zu groß wäre, um
dieses Ziel erreichen zu helfen? — Aber handelt es sich
denn bei der Zeichnung von Kriegsanleihe überhaupt um
ein Opfer? — Wer nicht nur sein Geld in Kriegsanleihe
ansetzt, sondern auch seinen Kredit in Anspruch nimmt, um
ihn durch Zeichnung von Kriegsanleihe dem Vaterlande zur-
bar zu machen, — verteidigt ja nicht nur sein Vaterland, sondern
auch seine beimätlliche Scholle, Haus und Hof, Leinwand und Ver-
darm, wer Kriegsanleihe zeichnet, soviel ihm sein Geld
und sein Kredit nur traend leistet. Ist nicht nur seine

vaterländische Pflicht, — macht nicht nur die denkbar
sicherste, lohnendste und denkbar notwendigste Kapital-
anlage — weit notwendiger und dringender, als wenn er
sich gegen Drogen oder Feuer oder Einbruch versichert. —
Das sollten auch unsere deutschen Frauen bedenken, denen
heute ja in so weitem Umfange die Verwaltung des Ha-
millenvermögens und die Sorge für die Zukunft ihrer
Kinder obliegt. — Hier, wo das wohlverstandene Interesse
der Familie und des eigenen Hauses sich so vollkommen
mit dem des Vaterlandes deckt, darf es uns doch wahr-
haftig nicht schwer werden, dem Vaterlande zu geben, was
es in letzter schwerster Entscheidungsinde braucht. Darum
noch einmal: mit Hindenburg durchhalten und nicht nach-
lassen bis zum letzten vollen deutschen Siege, wie er ja
gottlob heute vor der Tür steht!

Aus dem Oberwiesenthal, 9. Okt. Mit Wirkung
vom 15. Oktober ab sind vom Kreisaustrich folgende
Höchstpreise für Brot und Mehl festgesetzt worden: Voll-
kornbrot im Gewicht von 4 Pfund 80 Pfg., 3 Bischen
im Gewicht von 80 Gramm 5 Pfg., Roggenbrot pro
Doppelpentner 38 M., Roggenmehl 39 M., Weizenmehl
44 M.

Höhn, 8. Okt. Musikleiter Adolf Beyer von hier wurde
mit dem Eisernen Kreuze 2. Klasse ausgezeichnet, weil
er sich bei einem Sturmangriff auf dem westlichen Kriegs-
schauplatz ganz besonders hervorgetan hat.

Gebhardshain, 9. Okt. In Gönningen wurde der
emer. Pastor Kroll, der im 79. Lebensjahre stand, zur
letzten Ruhe bestattet. Hier wirkte er von 1868—84,
und zwar in der ausgedehnten Pfarrei unter den schwie-
rigsten Verhältnissen. Von ihm ist eine Geschichte
unserer Pfarrei geschrieben, die einen lehrreichen Beitrag
liefert zur Kirchengeschichte der oberen Saale.

Vom Feldberg, 9. Okt. In der Nacht vom Samstag
zum Sonntag legte bei 2 Grad Kälte ein schwerer Süd-
weststurm über den Hochtaunus und brachte dem Feld-
berg den ersten Schnee dieses Jahres. Die Schneedecke
lag auf dem Kulm durchweg 10 Zentimeter hoch, sie
war aber nachmittags unter der Einwirkung der Sonne
größtenteils wieder verschwunden.

Bad Homburg v. d. H., 8. Okt. Die Kaiserin traf
zum Herbstaufenthalt im hiesigen Schloß ein. Sie
stattete kurz nach ihrer Ankunft der Kriegsfliche einen
längeren Besuch ab.

Frankfurt a. M., 8. Okt. Infolge einer undichten
Gasleitung entstand in dem Keller der hiesigen Kopf-
apotheke eine Explosion, durch die eine Verkäuferin
schwere Brandwunden erlitt. Ein Brand entstand eigen-
artiger Weise nicht, doch wurden durch den starken
Aufdruck die bide Erdscheiben zertrümmert und durch
die Scheiben eines gerade vorüberfahrenden Straßenbahn-
wagens geworfen. Dabei erlitten vier Frauen und ein
Kassendote sehr erhebliche Verletzungen. Die Verkäuferin
und der Kassendote mußten in ein Krankenhaus gebracht
werden.

Nach und Fern.

* Temperatursturz und Schnee. Der erste Schnee
ist in Sachsen auf dem Rastberg gefallen. Die Temperatur
betrug 4 Grad unter Null; die Schneedecke ist bereits
19 Zentimeter hoch. In verschiedenen anderen Gegenden
Sachsens ist gleichfalls Schnee gefallen. Ein rapid
Wettersturz, der von Schneefällen begleitet war, ist auch
im Riesengebirge eingetreten. Auf dem Hochgebirge wurden
mehrere Kältegrade gemessen. Ähnliches wird aus Süd-
bavern und Schwaben berichtet. Die ganzen Algäuer
Rien sind bis zu tiefen Lagen herab mit Schnee bedeckt.

* Vorwinter im Schwarzwald. Im Bergland des
Schwarzwaldes ist ein jäher Wettersturz eingetreten. Seit
Sonabend abend fällt im Hochlande bis zu 700 Meter
herab Schnee. In den oberen Berglagen ist die Temperatur
auf unter Null gesunken.

* Hopfen als Tabak. Wie dem deutschen Hopfenbau-
verein in Nürnberg mitgeteilt wird, findet neuerdings
alter Hopfen in großem Umfang Verwendung als Tabak-
ersatz. Der Hopfen wird zermahlen und durch chemische
Zusätze zu einem annehmbaren Rauchmaterial verarbeitet.
Bisher sind 20 000 Zentner alter Hopfen, der jetzt bei den
Bierbrauereien nicht mehr verwendet wird, zu diesem Zwecke
angekauft worden.

* Resselexplosion. Aus Lörach in Baden wird ge-
meldet: In der Eisengießerei Ernst Wehrer ereignete sich
eine folgenschwere Resselexplosion. Zehn Arbeiter wurden
schwer verletzt; davon sind vier gestorben; fünf schweben
noch in Lebensgefahr.

* Explosion in einer englischen Munitionsfabrik.
In einer Munitionsfabrik bei Liverpool, wo 6000 Arbeiter
beschäftigt sind, ist, wie man dem Hamb. Fremdenbl.
berichtet, vor einigen Tagen eine Aligerdombombe beim Füllen
explodiert. Ein Drittel der Fabrik ist dadurch vernichtet
worden. Da sich das Unglück ereignete, während die
Fabrik im vollen Betrieb war, ist die Anzahl der Ver-
wundeten so groß, daß nähere Berichte in der Presse ver-
boten wurden. 700 Personen sind tot oder schwer oder
leicht verwundet. Die Fabrik mußte auf unbestimmte Zeit
geschlossen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

* Krieger in Vönnen nicht ermittelt werden. Das
Kammergericht in Berlin hat allen Unklarheiten in der Frage
der Räumung, lagen gegen Kriegerfrauen ein Ende gemacht.
Die Frau eines Kriegsteilnehmers hatte während des Krieges
eine Wohnung gemietet, den Mietvertrag allein unterzeichnet,
aber keine Miete gezahlt. Es war gegen sie ein Räumungs-
urteil ergangen. Der Mann widersprach der Vollstreckung.
Das Kammergericht hat der Beschwerde stattgegeben und er-
klärt, daß die Vollstreckung eines gegen die Frau eines Kriegs-
teilnehmers ergangenen Räumungsurteils nicht zulässig sei,
wenn nicht auch der Mann zur Räumung verurteilt worden
sei. Denn der Mann sei als Hausbesitzer vorhand Inhaber der
von ihm gemieteten Wohnung. Die Frau sei in seiner Ab-
wesenheit lediglich als Beisitzerin im Sinne des § 855
B. G. B. anzusehen.

Für die Schriftleitung und Angelegen verantwortlich:
Theodor Kirchhölzel in Hagenburg.

